

Ausgabe

20. März
2011

*„Sie haben
Sicherheit
gegen Geld
getauscht“*

Sigmar Gabriel
zu Angela Merkel
letzte Woche im
Bundestag

Übersicht:

Sofortprogramm für	
Energiewende	2
Energie-	
einspeisegesetz.	3
aus dem Bundestag	4
Aufbruch	
in Nordafrika	6
Veranstaltungsan-	
Kündigung	7



**Informationsdienst der SPD Düsseldorf
für die Bundestagswahlkreise 107 und 108**

**Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Genossinnen und Genossen**

Die Menschen, egal wo sie auf diesem Globus zu Hause sind, halten den Atem an. Sie sind erschüttert von den dramatischen Nachrichten aus Japan. Eine der führenden Industrienationen erlebt ein dreifaches Inferno : Erdbeben, Flutwelle und atomare Verseuchung. Der Super Gau ist eingetreten. Nach Harrisburg (1979), Tschernobyl (1986) und vielen weiteren atomaren Unglücken, zeigt uns die Reaktorkatastrophe von Fukushima wieder einmal, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist. Das sogenannte „Restrisiko“ entwickelt sich zu einer Todesdrohung für Millionen Menschen.

Zu sehr hat die japanische Regierung den Versicherungen der Atomindustrie Glauben geschenkt. Zu lange hat sie ihre Bevölkerung über die Gefahren im Unklaren gelassen. Zu sehr auf eine Energiepolitik vertraut, die Wachstum verspricht und Unsicherheit produziert.

Die Bilder, die wir aus Japan empfangen machen mich traurig und zornig zugleich. Angesichts dieser menschlichen Tragödien rücken viele andere Probleme in den Hintergrund.

Aber sie sind auch eine Mahnung für unsere eigene Politik. Deshalb ist es richtig, die Energiedebatte erneut zu führen. Ein weiter so kann und darf es nicht geben. Abschalten, Restlaufzeiten beschränken und intensiv den Ausbau von Erneuerbaren Energien fördern heißt das Gebot der Stunde.

Hier erwarte ich sowohl auf Stadt-, Landes- und Bundesebene entsprechende Programme. Alle sind dafür mitverantwortlich.

Für Düsseldorf hatte ich bereits 2008 aufgerufen, die Landeshauptstadt zu einer Modellstadt für nachhaltige Energieversorgung zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, dies auch im Rat und seinen Ausschüssen einzufordern. Die Stadtwerke entsprechend auszurichten und bei den städtischen Töchtern und Einrichtungen die Energiewende einzuführen.

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag hat gezeigt, dass die Bundesregierung die Dramatik immer noch nicht verstanden hat. Das dreimonatige Moratorium ist kein Stillhaltabkommen um über die anstehenden Landtagswahlen Ruhe im Land zu haben Frau Merkel. Von einer Physikerin darf erwartet werden, dass sie Gefahren und Grenzen der Atomenergie kennt und sich dem Eid, den sie geschworen hat, verpflichtet ist und nicht der Atomlobby.

Weitere Infos im neuesten **kurz&bündig**.

Sigmar Gabriel

Foto: picture alliance/dpa



Jetzt Sofortprogramm für Energiewende verabschieden

Moratorium der Regierung ist Mogelpackung

Am 16.03.2011 fand eine Pressekonferenz mit Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Ernst Ulrich von Weizsäcker zu den notwendigen Konsequenzen in Deutschland nach der schweren Katastrophe im Atomkraftwerk (AKW) von Fukushima als Folge des Erdbebens und des Tsunamis statt. Angesichts der Katastrophe im AKW von Fukushima würde Verantwortung gegenüber den Menschen bedeuten, wieder zum Energiekonsens von 2000 zurückzukehren und die dauerhafte Abschaltung der alten Reaktoren zu beschleunigen, stellt Steinmeier klar. Die Ankündigungen der Bundesregierung vor allem hinsichtlich der Abschaltung von Reaktoren seien Reaktionen auf die Wahl in Baden-Württemberg am 27. März. "Wer Laufzeiten per Gesetz verlängert, muss sie auch per Gesetz zurücknehmen," sagte Frank-Walter Steinmeier. Ein Erlass der Regierung am Bundestag vorbei entspräche nicht den Grundsätzen der Parlamentarischen Demokratie. Steinmeier kündigte an, dass die SPD ein Abschaltgesetz im Bundestag vorlegen werde.

Mehr unter: http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14328,00.pdf



www.spd.de

Atomausstieg durchsetzen

SPD – 25 Jahre gegen Atomkraft

1986 hat die SPD auf dem Parteitag in Nürnberg den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. 1998 wurde der Atomausstieg im rot-grünen Koalitionsvertrag fixiert. Bereits zwei Jahre später hat die rot-grüne Bundesregierung gemeinsam mit den Energiekonzernen den Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie ausgehandelt. 2002 wurde der Atom-Konsens mit der Novelle des Atomgesetzes umgesetzt. Und im Koalitionsvertrag von 2005 haben auf unseren Druck erstmals auch CDU und CSU den Atomausstieg akzeptiert.

10 Jahre Atomkonsens

Am 14. Juni 2000 hat die Regierung Schröder mit maßgeblicher Beteiligung von Frank-Walter Steinmeier den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie erreicht. In langwierigen Verhandlungen mit den Betreibern der Atommeiler konnte ein Konsens erzielt werden. Dieser Atomkonsens legt die noch zu produzierenden Strommengen und damit die Laufzeiten eines jeden einzelnen Atomkraftwerkes fest.

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

Vor 10 Jahren haben wir das Energieeinspeisegesetz (EEG) verabschiedet. Es ist der Motor für den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und hat einen beispiellosen Aufschwung in dieser Branche in Gang gesetzt. Das EEG trägt somit entscheidend zu einer nachhaltigen Energieversorgung, zu einer ökologischen Energiewende und zum Klimaschutz bei.

Der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Stromverbrauch konnte innerhalb der vergangenen 20 Jahre deutschlandweit mehr als vervierfacht werden und liegt nun bei 16 Prozent. In Deutschland konnte sich durch positive Investitionsbedingungen eine leistungsfähige Industrie der Erneuerbaren Energien etablieren, die im Jahr 2008 im Inland Umsätze von rund 29 Milliarden Euro erzielte, wovon 13 Milliarden Euro an Investitionen in die Errichtung neuer Anlagen zurückflossen. Das Exportvolumen wuchs zwischen 2000 und 2008 von 0,5 Milliarden auf 12 Milliarden Euro. Im Jahr 2008 zählte die Branche fast 280.000 Beschäftigte. Bis zum Jahr 2020 sind bis zu 500.000 Beschäftigte möglich. Zahlreiche Fördergesetze anderer Staaten orientieren sich am deutschen Vorbild. Heute dient das EEG 47 Staaten als Vorbild für ihr eigenes Einspeisevergütungssystem. Die Photovoltaik erlebt seit Jahren einen enormen Boom. Der Zubau des Jahres 2008 betrug rund das Sechsfache des Zubaus im Jahr 2002. Die installierte Leistung im Jahr 2008 lag bei knapp 5500 MW, während sie 2003 noch lediglich 313 MW betrug. Die Absenkung der Förderung durch Schwarz-Gelb gefährdet die Technologieführerschaft, die Arbeitsplätze und wahrscheinlich die Existenz einiger Betriebe. Die Folgen für das Handwerk sind noch abschätzbar. Das ist schwarz-gelbe Politik gegen den Mittelstand. Die Vergütungssätze des EEG gleichen den noch bestehenden Wettbewerbsnachteil der erneuerbaren Energien gegenüber konventioneller Erzeugung aus. Das Fördervolumen wird dabei auf alle Stromverbraucher umgelegt. 2008 lagen die Kosten der EEG-Umlage auf den Strompreis bei etwa 4,5 Milliarden Euro. Für einen Musterhaushalt mit 3500 kWh Stromverbrauch bedeutete das Mehrkosten von etwa 3,10 Euro im Monat. Das EEG kann dennoch nicht als Erklärung für steigende Strompreise dienen. Zum einen besteht der Strompreis lediglich zu drei Prozent aus der EEG-Umlage. Zum anderen hat die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien für die Strompreise auf dem Großhandelsmarkt sogar eine deutlich preisdämpfende Wirkung.

Wir fordern eine Strategie für unsere Energiezukunft

Wir verlangen von der schwarz-gelben Bundesregierung eine energiepolitische Strategie vorzulegen, mit der die CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent verringert werden können. Dabei muss der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien erhalten bleiben und mit wirksamen Mechanismen kontrolliert werden. Die Speichertechnologien müssen intensiv gefördert werden. Um die CO₂-Ziele zu erreichen, müssen auch im Gebäudebestand energieeinsparende Maßnahmen ergriffen werden. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass Mieter nicht über die derzeit geltende Rechtslage hinaus belastet werden. Weiterhin muss es in Zukunft den Kommunen überlassen bleiben, welche Flächen für Photovoltaik Vorrang genießen sollen.

Der Vergütungsmechanismus macht eines deutlich: Die Förderung der erneuerbaren Energien ist keine Subvention. Subventionen sind Steuernachlässe oder direkte Zahlungen aus dem Staatshaushalt. Hier handelt es sich um eine Umlage, die der Stromkunde für den Ausbau der erneuerbaren Energien zahlt.

Ein Nationaler Aktionsplan für Frauen, Frieden, Sicherheit

Mit der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ vom 31. Oktober 2000 hat der UN-Sicherheitsrat einen Paradigmenwechsel in der Friedens- und Sicherheitspolitik eingeleitet und erstmals verbindliche Vorgaben für die Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von gewalttätigen Konflikten und beim Friedensaufbau gemacht. Zehn Jahre später ist die Resolution in Deutschland immer noch nicht umgesetzt. Insbesondere vor dem Hintergrund seiner Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat seit Anfang dieses Jahres sollte Deutschland ein Signal setzen, dass es die Umsetzung dieser zentralen Resolution ernst nimmt. Die ablehnende Haltung der Regierung ist nicht länger tragbar. Bereits Ende letzten Jahres hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem sie die Regierung dazu auffordert, einen Nationalen Aktionsplan mit konkreten Zielvorgaben und Quoten zu Prävention, Partizipation und Protektion vorzulegen, der sowohl Deutschland als auch die europäische und internationale Zusammenarbeit umfasst.

Handel mit Seltenen Erden offenhalten

Die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen nimmt zu, sodass die Europäische Kommission vor einer drohenden Rohstoffknappheit in Europa warnt. In Deutschland gefährden Versorgungsengpässe schon dieses Jahr die Produktion und damit industrielle Wertschöpfung und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Neben Kupfer, Stahl, Nickel und Aluminium sind es vor allem Edelmetalle und Seltene Erden, die sich verknappen. Letztere werden im Produktionsprozess für zahlreiche Hochtechnologiegüter wie Computer und Handys gebraucht. Die Verknappung wird ausgelöst durch sinkenden Abbau und den teilweise protektionistisch motivierten Rückgang beim Export in Ländern wie China. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen fordert die SPD die Regierung auf, eine zukunftsorientierte Strategie zur Rohstoffsicherung zu entwerfen. Ziel muss ein weltweites Rohstoffregime sein, das langfristig gültige Regeln schafft und allen Anbietern und Abnehmern gleiche Bedingungen sichert. Die Regierung soll sich in der Welthandelsorganisation dafür einsetzen, dass ein offener und fairer Zugang zum Rohstoffhandel ermöglicht wird, Exporthemmnisse abgeschafft und Exportbeschränkungen abgebaut werden.

Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen

Deutschland hat sich 1997 mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags zur Einhaltung des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit für Frauen und Männer verpflichtet. Trotz dieses Diskriminierungsverbots ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern seit den 90er Jahren angestiegen und liegt nun bei 23 Prozent. Daher fordert die SPD die Regierung dazu auf, einen Gesetzentwurf für die Durchsetzung der Entgeltgleichheit vorzulegen. Die Rechte von Betriebs- und Personalräten oder im Betrieb vertretenen Gewerkschaften sowie die Individualrechte der Beschäftigten, selbständig gegen Entgeltdiskriminierung vorzugehen, sollen dadurch nicht eingeschränkt werden. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft bringen uns aber nicht weiter. Deshalb müssen Unternehmen dazu verpflichtet werden, Entgeltstrukturen im Betrieb in Bezug auf geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen und einer behördlichen Stelle darüber Bericht zu erstatten. Die Beschäftigten und die Betriebs- und Tarifvertragsparteien sollen dabei eingebunden werden. Zudem fordern wir die Regierung dazu auf, einen Gesetzentwurf über die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns vorzulegen.

Beschluss des SPD-Präsidiums:**Der demokratische Aufbruch in Nordafrika braucht unsere Unterstützung**

In Nordafrika vollziehen sich Umwälzungen, wie wir sie seit dem Fall der Mauer nicht mehr erlebt haben. Frauen und Männer, Junge und Alte, Muslime und Christen revoltieren gemeinsam, um die Regime abzuwerfen, die sie unterdrückt und die sie erniedrigt haben. Mit dem arabischen Frühling beweisen die Völker des Nahen Ostens eindrucksvoll ihr Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und sozialem Fortschritt ihr Streben nach universellen Menschenrechten. Die Freiheitsbewegungen sind nicht religiös motiviert und die jungen Menschen in Kairo und Tunis wissen, dass Fundamentaleisten ihnen nicht die Freiheiten bringen werden, für die sie unter Einsatz ihres Lebens kämpfen. Mit ihren Protesten wehren sich die Demonstranten auch dagegen, Teil eines geostrategischen Kalküls der internationalen Gemeinschaft zu sein. Der Kampf um demokratischen und sozialen Fortschritt ist noch nicht entschieden: Während in Tunesien und Ägypten ein konstitutioneller Neuanfang begonnen hat, der noch in der Entwicklung begriffen ist, ist das Ergebnis des Freiheitskampfes der Libyer noch völlig offen. Auch in anderen Ländern des Nahen Osten brodelt es, ohne dass abzusehen ist, was das Ergebnis dieses Aufbruchs sein wird. Die Entschlossenheit der EU wird mit darüber entscheiden, ob es gelingt, die Chancen des Aufbruchs zu nutzen oder ob enttäuschte Hoffnungen von Millionen junger Menschen in Extremismus, Instabilität und massenhafte Flucht umschlagen. Wir brauchen nicht weniger als einen Marshallplan für die arabische Welt, eine umfassende, gesamteuropäische Förderung von Demokratisierung, Modernisierung und wirtschaftlicher Entwicklung in der Mittelmeerregion:

- 1.** Europa muss den Freiheitsbewegungen zügig und unbürokratisch Hilfe anbieten, damit die Menschen in der Region merken, dass ihr Aufbruch in eine bessere Zukunft führen wird. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen aufhören, nationale Sonderinteressen zu vertreten.
- 2.** Europa muss seine Märkte für Produkte aus der Region öffnen, Zölle abbauen und eine engere Wirtschafts- und Energiekooperation eingehen. Unabdingbar hierfür ist ein regionaler Entwicklungsfonds der EU, der mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein muss.

Die bislang vorgesehenen Mittel für die Europäische Nachbarschaftspolitik reichen dafür nicht aus.

- 3.** Es wäre grotesk, wenn für die Transformationsstaaten die Kredite auf den internationalen Märkten nun teuer werden. Im Gegenteil: Europa muss durch entsprechende Garantien dabei helfen, dass die Staaten einen „Demokratie-Bonus“ bekommen.
 - 4.** Um den Austausch zwischen jungen Menschen zu fördern und um den Migrationsdruck in den Transformationsstaaten zu verringern, sollten die europäischen Staaten kurzfristig eine großzügige Visaerteilung für Studierende und Fachkräfte forcieren. Junge Menschen aus Arabien können ihre Ausbildung in Europa ergänzen und gleichzeitig dabei helfen, unseren Fachkräftemangel zu beseitigen.
 - 5.** Beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, von Parteien und bei freien Gewerkschaften verfügt Deutschland über große Erfahrungen. Gerade die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in vielen Ländern bewiesen, dass sie beim Demokratieaufbau entscheidende Hilfe geben kann. Auch die SPD wird weiterhin intensiv dabei mithelfen, solche demokratischen Strukturen zu schaffen, wann und wo immer diese Hilfe erwünscht ist.
 - 6.** Der Umbruch in Nordafrika und im Nahen Osten bietet eine Chance, einen Neustart beim Nahost-Friedensprozess zu unternehmen. Israelis und Palästinenser müssen unter Mithilfe der internationalen Gemeinschaft jetzt handeln. Um den Weg dafür frei zu machen, muss die israelische Regierung ihre Siedlungspolitik beenden. Die Dynamik der Transformation muss in Nordafrika und im Nahen Osten genutzt werden, um regionale Konflikte wie zwischen Israel und Syrien und beim Streitpunkt Wasser neu zu verhandeln.
 - 7.** Gegenüber den Diktatoren, die mit Gewalt gegen ihre eigenen Bevölkerungen vorgehen, muss die Botschaft Europas und der internationalen Gemeinschaft klar sein: Jene, die Verbrechen begehen, werden strafrechtlich zur Verantwortung gezogen die Zeit der Straflosigkeit bei systematischen Verletzung von Menschenrechten ist vorbei.
 - 8.** Wo immer sich humanitäre Katastrophen anbahnen, z.B. durch Flüchtlingsströme oder bei der medizinischen Versorgung von Verletzten, muss Europa schnell und entschlossen handeln. Jeder Staat, der besonders durch den Umbruch in Nordafrika betroffen ist, muss die Solidarität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten genießen.
- In der arabischen Welt vollzieht sich eine Zeitenwende, von der Europa profitieren kann, wenn wir beherzt beim Neuanfang mithelfen. Der Elan der jungen Revolutionäre auf dem Tahir-Platz ist eine Bereicherung für die gesamte Welt.

SPD Düsseldorf Süd Vor Ort

Selbstbestimmtes Leben im Alter !

Information und Dialog zu Wohnen, Mobilität, Pflege

Termin : 05. April 2011, 19.00 – 21.00 Uhr
Ort : Cafeteria im „Zentrum plus“/ Diakonie ,
Calvinstr. 14, Düsseldorf – Benrath

Vortrag : - Dr. Claus Eppe, Fachbereichsleiter
Seniorenpolitik

Diskussion : - Helga Leibauer, SPD - Ratsfraktion
- Prof. Heidrun Hoppe - Treutner, Seniorenbeirat
- Heinz Pahmeier, SPD AG 60+

Moderation : - Karin Kortmann, Vorsitzende SPD
Düsseldorf

**Ihre Meinungen und Probleme sind unser
Anliegen !**

Kontakt: Dr. Martin Feldmann, Ortsverein Benrath

SPD

Impressum:

kurz&bündig

Hrsg.: Karin Kortmann
c/o SPD
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf



Quellen:

SPD
SPD-Bundestagsfraktion
Karikatur: Klaus Stuttmann
Foto : picture alliance/dpa

www.karin-kortmann.de

